



Vorsitzende:
Christina Schulze Föcking
Geschäftsstelle
Bahnhofstraße 10
48431 Rheine
Tel. 05971-50044
Fax 05971-12248

Positionspapier zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz

Aufgrund der bevorstehenden Novellierung des EEG hat sich der CDU-Bezirksagrararusschuss Münsterland mit den möglichen Auswirkungen der Gesetzesänderung für den Bereich Biogas befasst und mit anderen Gremien und Experten diskutiert.

Das EEG regelt seit 2000 die Einspeisevergütungen und wird alle vier Jahre überarbeitet. Ursprünglich war es Ziel Reststoffe, Abfälle und Erzeugnisse von Stilllegungsflächen in Biogasanlagen zu Strom zu vergären. Mit der Novellierung von 2004 wurde für Biogasanlagen ein NaWaRo-Bonus in Höhe von 6 Ct./kWh eingeführt. In Folge dessen gab es im Jahr 2006 einen wahren Boom bei der Errichtung von Biogasanlagen – und das allein auf der Basis von großflächigem Silomaisanbau.

Wie Ihnen bekannt ist, sind im Jahr 2007 die weltweiten Agrarrohstoffe kräftig gestiegen.

Deshalb fordert der Fachverband Biogas e.V. eine deutliche Erhöhung des NaWaRo-Bonus, um die Wirtschaftlichkeit der Biogasanlagen auch in Zukunft nicht zu gefährden.

Der bisherige Vorschlag des Bundesumweltministeriums von Dezember 2007 sieht eine Anhebung des NaWaRo-Bonus von 6 auf 8 Ct./kWh vor.

Der Bezirksagrararusschuss Münsterland erwartet dadurch jedoch eine Verstärkung der Konkurrenz zwischen Nahrungsmittelproduktion und Bioenergieerzeugung und geht von zusätzlichen Biogasanlagen aus, da die Ertragsseite erheblich gestärkt wird.

Wir fordern:

- die Abschwächung der Flächenkonkurrenz von Energieerzeugung und Lebensmittelproduktion bei der Novellierung des EEG 2009.
Dies hat für uns oberste Priorität!

- Keine Erhöhung des NaWaRo-Bonus, da das Hauptargument der Marktentlastung hinfällig ist und eine dauerhafte Subventionierung der Logik einer Anschubförderung im Sinne des EEG zuwiderläuft.
Der Güllebonus ist mit bisher geplanten 2 Ct./kWh zu niedrig.
Als Alternative zur Erhöhung des NaWaRo-Bonus schlagen wir einen Bonus von 3 Ct./kWh bei mindestens 50 Masseprozent Wirtschaftsdüngereinsatz vor.
- Der Anbau von Zwischenfrüchten (Grünroggen, Sonnenblumen) könnte z.B. über eine Energiepflanzenprämie von XX €/ha politisch gefördert werden. Die benötigte Maisfläche als Substratfläche für Biogasanlagen würde vermindert. Hier besteht in jeder Region Deutschlands ein großes Potential, ohne die Flächenkonkurrenz zu verstärken.
- Um das energetische Potential von Wirtschaftsdünger auch außerhalb von Veredelungsregionen zu ermöglichen, ist die Separierung von Gülle zu fördern.
- Biogasanlagen sollten nur mit sinnvollem Wärmekonzept genehmigt werden oder nur dann wirtschaftlich sein. Nur mit Wärmekonzept besteht tatsächliche Energieeffizienz und nur dann sind Biogasanlagen sowohl ökonomisch als auch ökologisch vertretbar.
- Kleine und mittlere Biogasanlagen (<500 kW) sind aus unserer Sicht möglichst zu fördern, um die Wertschöpfung in der Hand von Landwirten zu halten. Anlagen >500 kW sind mit sehr hohen Transportkosten belastet. Hier handelt es sich ausschließlich um industrielle Nutzung des knappen Ackerlandes, während bäuerliche Anlagen oft ein weiteres Standbein eines Familienbetriebes sein können.
- Große Anlagen (>500 kW) haben neben enormen Kostendegression- und Rationalisierungseffekten auch völlig andere technische Möglichkeiten wie Gasaufbereitung etc. Deshalb sollten für diese Anlagen grundsätzlich keine Boni gewährt werden.
- Die Stoffliste sollte überarbeitet und eine Erweiterung NaWaRo-fähiger Substrate (z.B. Nährstoffe der zweiten Generation) geprüft werden.
- Eine lückenlose und nachhaltige Dokumentation der eingesetzten Substrate sowie deren Kontrolle halten wir für unabdingbar.

Wir wollen mit diesem Positionspapier die weitere politische Meinungsbildung begleiten und unterstützen. Wir glauben, dass es durch geschickte Änderungen des EEG durchaus möglich ist, Biogasproduktion und Nahrungsmittelproduktion gleichzeitig zu fördern, statt die Flächenkonkurrenz weiter zu verstärken. Gleichzeitig sollte unserer Ansicht nach gewährleistet werden, dass durch Biogas nicht der kapitalkräftigen Industrie das Tor in die Landwirtschaft geöffnet wird, welche z. Zt. Zumindest in Westdeutschland noch von mittelständischen Familienbetrieben geprägt wird.